JÓZSEF GÉCZI

EINIGE FRAGEN DER VERÄNDERUNG UND DER ENTWICKLUNG DER SOZIALISMUSAUFFASSUNG IM SPIEGEL DER UNGARISCHEN PARTEIDOKUMENTE

1. Einleitung

In Ungarn wandten sich die Wissenschaft, die Politik und die Ideologie, ja selbst die breitere öffentliche Meinung seit Ende der 70er Jahre mit erneutem Interesse der Theorie und der Realität des Sozialismus zu. Unter anderem auch auf Anregungen durch die Politik, und man kann sagen, tief aus der „Blüte" der Theorie der 60er Jahre schöpfend begannen weitgefächerte wissenschaftliche Untersuchungen.[1] Sie setzten sich die Aufzeichnung (der Elemente und Zusammenhänge) eines realitätsnäheren „Sozialismusbildes" zum Ziel, das auch auf die neu entstandenen Fragen Antwort zu geben vermochte.

Es ist vielleicht für den deutschen Leser ebenfalls von Interesse, wenn kurz auf einige Teilgebiete der theoretischen Arbeiten hingewiesen wird.

Zahlreiche Autoren setzten die in den 60er Jahren begonnene Rekonstruktion des Sozialismusbegriffs der Klassiker des Marxismus-Leninismus fort und bereicherten ihn mit neuen Annäherungsmethoden. Sie haben festgestellt, daß die Sozialismusauffassung von Marx, Engels und Lenin während ihrer Tätigkeit auf Anregung der historischen Erfahrungen mehrere Formveränderungen erfuhr. Man kann sie nur durch die Analyse ihres Lebenswerkes begreifen, denn sie läßt sich weder als eine endliche Menge kategorischer Sätze noch unter Beschränkung auf einige Feststellungen der einzelnen Schriften dieser Autoren beschreiben.[2]

Das Interesse führte von hier aus direkt zum Studium der Sozialismuskonzeption der Zeitgenossen, die auf die Ansichten der Klassiker einwirkten und sie zu theoretisierenden Diskussionen anregten. Welches Bild zeichnete sich über den Sozialismus als die Gesellschaft der Zukunft in der utopischen oder „kleinbürgerlichen" Literatur des 19. Jahrhunderts, bzw. in den auch theoretischen Anspruch erhebenden Dokumenten der — in erster Linie deutschen — sozialdemokratischen Bewegung der Jahr-

[1] Mit den Werken 1 (bis 6) gebe ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ja nicht einmal auf Repräsentativität einige — auch für den nichtungarischen Leser nicht uninteressante — Werke an: Ferenc Tőkei gelangte im Zusammanhang mit der Frage der asiatischen Produktionsweise zu Problemen der Formationstheorie bzw. zur Untersuchung des geschichtlichen Platzes der bestehenden sozialistischen Gesellschaften: „Zu Fragen der asiatischen Produktionsweise", Budapest 1960, 1975; „Zur Theorie der Gesellschaftsformen", Budapest 1968, 1971: „Zur Dialektik des Sozialismus", Budapest 1970

[2] *Péter Gedeon:* „Einige Zusammenhänge der Analyse des Warenverhältnisses und der Gesellschaftsform in der Marxschen Theorie" (Társadalomtudományi Közlemények, 1983/2); *László Tütő—Tamás Krausz:* „Lenin über die Epoche des politischen Übergangs in den Sozialismus" (Társadalmi Szemle 1984/7, 8); *Iván Berend T.:* „Das Marxsche sozialistische Wirtschaftsbild und unser Reformprozeß" (Mozgó Világ 1984/3); *Tibor Görög:* „Die Selbsterkenntnis des Sozialismus — Theorie und Wirklichkeit" (Tájékoztató 1984/4)

hundertwende ab; welche Wirkung hatten diese auf die Voraussetzungen der Bolschewiki im Zusammenhang mit dem Sozialismus und auf deren spätere Entwicklung.[3]

Die Untersuchung der jeweiligen Beurteilung des Überganges vom Sieg der proletarischen Gesellschaft zur Entfaltung der sozialistischen Verhältnisse erwies sich ebenfalls als wichtig. Einige gelangten auf der Suche nach den objektiven Kriterien des entwickelten Sozialismus zu einer Annäherung auf philosophischer Ebene, zur Untersuchung des historischen Platzes des Sozialismus und in ihm der heutigen, als „existent" bezeichneten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation. (Dabei suchten sie zugleich auch die marxistische Theorie der gesellschaftlichen Formationen zu bereichern.[4])

Es wurde auch genauer untersucht, welches Bild sich die bürgerliche Theorie und Ideologie im jeweiligen Zeitalter und in der jeweiligen Strömung über den Marxismus und den Sozialismus gemacht hatte und mit welchem Erfolg es ihr gelang, dies der öffentlichen Meinung nahe zu bringen, wie sich die Anschauung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Struktur auf der Ebene der Theorie, der Ideologie und des alltäglichen Denkens, d.h. in den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Bewußtseins formierte und gestaltete. Die soziologischen Forschungen erschlossen die Formveränderungen des Gleichheits — Ungleichheits — Bewußtseins und untersuchten die Problematik der gesellschaftlichen Chancengleichheit, die konkreten Funktionsmechanismen der Verteilungs- und Entscheidungsprozesse sowie die formellen und aformellen Bewegungen innerhalb des Organisationssystems.[5]

Auch andere Gebiete wurden in die Forschungen hineinbezogen, und so wurde in unseren Tagen fast jedes Moment aller Fachbereiche und des Lebens zum Objekt der Untersuchungen.[6] Welche Sozialismuskonzeption wirkte auf die Presse, auf die Lehrbücher, auf die Kunst und die Kunstpolitik einer Epoche ein? Es entstanden Studie über die ideologischen Argumentationsmethoden der Gerichtsbeschlüsse, der behördlichen Verfahren und Schriften und über sonstige Themen.

Die vorliegende Studie behandelt nur einen einzigen Aspekt des obigen Themenkreises. Einige Beziehungen des Sozialismusbildes, dem die wichtigeren Dokumente der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (1948—1956 die Partei der Ungarischen Werktätigen), unter ihnen vor allem die Dokumente der Parteitage zugrunde liegen, sollen analysiert werden. In erster Linie ist die Frage von Interesse, was von den einzelnen Dokumenten zeitbedingt für das wichtigste Ergebnis der Entwicklung, was für die Quelle der Unzulänglichkeiten bzw. für Hemmungsfaktoren des Fortschrittes angesehen werden. *Wie verhielten sich die Dokumente zu den im Laufe des Aufbaus des Sozialismus immer wieder entstehenden Widersprüchen, was betrachteten sie als die „letzten" gesellschaftlichen Wurzeln dieser Wiedersprüche und mit welchen Mitteln gedachten sie sie zu bekämpfen?!* Wenn auch nur flüchtig, aber es soll doch

[3] *István Herédi:* „Die ursprüngliche, veränderte und neue Auffassung der institutionellen Einrichtung der sozialistischen Wirtschaft" (Gazdaság és Jogtudomány, 1979/XII 3, 4); *László Szamuely:* Die ersten sozialistischen Wirtschaftsmechanismen. Prinzipien und Theorien. Budapest 1971; *Emese Égető:* „Das Monopol, der Wettbewerb und der Sozialismus" (Közgazdasági Szemle, 1984/12)

[4] *István Balogh:* „Thesen zur Erörterung des geschichtlichen Platzes des Sozialismus" (Társadalomtudományi Közlemények, 1979/3), „Formationstheoretische Probleme" (Ebenda, 1983/2)

[5] *Tamás Kolosi:* Struktur und Ungleichheit, Budapest 1983; *Gábor Vági:* Wettstreit um die Entwicklungsquellen, Budapest 1982; *István Gábor R—Péter Galasi:* Die „zweite" Wirtschaft, Budapest 1981. Eine Grundlagenarbeit zu den Funktionsmechanismen der Wirtschaft sind: *János Kornai:* Der Mangel, Budapest 1982 und *Tamás Bauer:* Planwirtschaft, Investition, Zyklen. Budapest 1981

[6] *Márton Szabó:* „Gesellschaftliches Ideal — gesellschaftliche Realität" (Mozgó Világ, 1984/4); *Gyula Belényi:* „Freiwillig ausgetreten" (Kritika, 1984/3, S. 14—17)

auch auf das in den Dokumenten mittelbar oder unmittelbar feststellbare Zukunftsbild eingegangen werden. Das Sozialismusbild, das die Dokumente geben, ist selbstverständlich nicht mit der Sozialismusauffassung der Gesellschaft der gegebenen Periode identisch.[7] Es bedeutet vielmehr ihre besondere Projektion, deren hervorragende Wichtigkeit sich aus der führenden Rolle der Partei ergibt. Ein Parteidokument setzt sich immer aus den Ergebnissen verschiedener bewußter oder unbewußter Kompromisse zusammen. Es hängt auch von den politischen Erwägungen und von der Durchsetzung der Interessen ab, welche von den in der ideologischen Sphäre bereits bewußt gewordenen Kriterien in einen programmgebenden oder analysierenden Parteibeschluß (oder in eine Erklärung ähnlichen Wertes) hineinkommen, und welche weggelassen werden.

Im Besitz der wissenschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahrzehnte ist es für uns heute schon völlig klar, daß die sozialistische Gesellschaft nicht einfach ein episodenartiges, unmittelbares Vorspiel des Kommunismus ist, sondern eine historische Periode, die heute noch nicht genau absehbar ist und sich nicht mit einem konkreten „Termin" abgrenzen läßt. Sie zeichnet sich durch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen, die sich aus den durch das Niveau der Produktivkräfte, der Kultur bestimmten gesellschaftlich — wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen der Arbeitsverteilung ergeben, sowie durch die aus diesen Situationen entspringenden Ungleichheiten, „besonderen" und individuellen Interessen aus. Das gesamtgesellschaftliche Interesse kann sich nur als (offensichtlich durch die Politik orientiertes) Resultat mannigfaltiger Interessenbewegungen, nicht aber automatisch und als etwas von vornherein Bestimmbares herausbilden. Aus objektiven Gründen kann die Verfügung über die gesellschaftliche Reproduktion auch nicht umnittelbar verwirklicht werden. Die Regelung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist auch nur durch (auch die Unter- und Überordnungsverhältnisse und andere Beschränkungen enthaltende) *vermittelnde Mechanismen* möglich.

Auch auf dem Boden des Sozialismus entstehen, heben sich auf und entstehen erneut Widersprüche, die sich nicht auf die überlieferte Zurückgebliebenheit, auf die Überreste des Bewußtseins der Vergangenheit oder auf die kapitalistische Umgebung zurückführen lassen, und die sich im Falle einer unangemessenen „Behandlung" auch anhäufen können. Vielmehr können gerade diese Wiedersprüche (und die sich hinter ihnen verbergenden Disproportionen), genauer gesagt die durch diese inspirierten verschiedenen *Bemühungen, die sich auf die Durchsetzung von Interessen richten,* im Falle eines entsprechenden Bewegungsfeldes, einer Selektion und Integration *eine Treibkraft der Entwicklung des Sozialismus bilden.* Die Erkenntnis, die Kenntnisnahme und die bewußte Berücksichtigung dieser grundlegenden gesellschaftlichen Tatsachen ist nicht nur einfach das Ergebnis einer theoretischen Entwicklung oder irgendeiner „Erleuchtung". Ihre Wahrheit wurde durch die politische Praxis, durch die Suche nach dem Wege, durch die Irrtümer, mitunter sogar Sünden, durch die Mißerfolge und die bittere Atognosie der vor uns tätigen Revolutionäre, d. h. durch die Geschichte selbst erkämpft.

[7] Im gegebenen Rahmen analysiere ich auch das Verhältnis der beiden nicht ausführlich, so wie ich auch nicht auf die internationalen Zusammenhänge, die von entscheidender Wichtigkeit sind, eingehe. (Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Bei der Entstehung des Korrektionsparteibeschlusses vom Juni 1953 hatte die Initiative der KPdSU eine wesentlich größere Rolle als der innere Beschluß.)

2. *Das Verhältnis der Parteidokumente zu den während des Aufbaus des Sozialismus entstehenden Widersprüchen*

Vom harmonischen Gesellschaftsbegriff zum Voluntarismus, zur „Gegnersuche"

Zu Beginn der behandelten Periode, im Jahre 1948 war der Wiederaufbau nach dem Kriege, die Stabilisierung und die erfolgreiche Beendigung der die gesellschaftliche Basis der Kapitalisten endgültig beseitigenden Verstaatlichungen das Hauptziel, und zwar so, daß dabei die Voraussetzungen einer zukünftigen sozialistischen Entwicklung geschaffen werden: „in der ... sich die Unterschiede zwischen den verbündeten werktätigen Klassen verwischen, der Dienst des Allgemeininteresses den Weg des individuellen Glücks darstellt, und die Entwicklung zum Kommunismus führt". Zur Zeit der Parteivereinigung, die den endgültigen Sieg der Proletardiktatur bedeutete, verfügten die kapitalistischen und im allgemeinen die bürgerlichen Kräfte noch über einen bedeutenden wirtschaftlichen Einfluß. Darin, bzw. *in den Überresten der alten Gesellschaft, in der ererbten Zurückgebliebenheit* sah man die Wurzeln der noch vorhandenen Widersprüche und Unzulänglichkeiten. Auf ideologischem Gebiet konnte das Problem der auf dem Boden des Sozialismus entstehenden Widersprüche in einer solchen historischen Situation gar nicht aufgeworfen werden. Das zitierte Programm der Partei der Ungarischen Werktätigen betont neben der Entwicklung der Schwerindustrie die Entwicklung einer „qualitativen Industrie", die gut auf den Gegebenheiten des Landes aufgebaut werden kann, und die Steigerung der Rentabilität der verstaatlichten Betriebe. Es verspricht dem bäuerlichen Kleinbesitz Unterstützung sowie Schutz den Kleinproduzenten, die sich nach den Interessen der Volksdemokratie richten. Es drängt auf eine „von allen Zwängen freie, auf völliger Freiwilligkeit beruhende genossenschaftliche Bewegung" und hält die Einfügung des Privatsektors in die Planwirtschaft für wünschenswert. *Das Programm ist durchdrungen von dem Glauben an die nahe Schaffung einer harmonischen Gesellschaft ohne Klassen bzw. an eine schnelle Entwicklung in dieser Richtung.*

Aus zahlreichen Ausdrücken, die oft nur verstreut zwischen die Sätze gefügt sind, sind schon einige potentielle Anschauungsquellen der späteren Verzerrungen ablesbar. Das Dokument stellt fest, daß das friedliche Hineinwachsen der kapitalistischen Elemente in den Sozialismus unmöglich ist und setzt dann wie folgt fort: „die Einschrenkung ... die Aufhebung ... der Ausbeuter forciert ihren Widerstand, verschärft also den Klassenkampf". „Je mehr sie ... ihre wirtschaftlichen Kraftquellen, ihren gesellschaftlichen und politischen Rückhalt verlieren, desto mehr greifen sie zu den Mitteln der Sabotage, der Spionage und der Verschwörung im Untergrund.[8] Das Dokument geht jedoch nicht darauf ein, wie die ehemaligen Kapitalisten, sich auf die erwähnten Instrumente im Klassenkampf stützend, immer gefährlicher werden können, wenn ihre Positionen auf jedem anderen Gebiet programmgämäß binnen einer kurzen Zeit völlig vernichtet werden. Diese Ansicht flößt den Gedanken ein, daß, wenn im Laufe der Entwicklung doch noch Widersprüche entstehen sollten, sich diese nur aus den äußeren Quellen ernähren können.

Innerhalb einiger Jahre wurden die Verstaatlichungen zu Ende geführt und zwar in einem solchen Maße, daß nicht nur die Klasse der Kapitalisten, sondern auch

[8] Die Beschlüsse der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei 1944—48, Budapest 1967, S. 587—605. Die Programmdeklaration der Partei der Ungarischen Werktätigen (12.—14. Juni 1948), S. 605, S. 597—599 und S. 595—596

der Privatsektor der nicht selten nur sich selbst beschäftigenden Kleinindustrie und des Kleinhandels fast völlig verschwand. Parallel zu der auch auf den anderen Gebieten zur Geltung kommenden Beschleunigung und der einseitigen und immer mehr zum Selbstzweck werdenden Entwicklung der Schwerindustrie wurden Widersprüche und Spannungen nicht kleiner, ganz im Gegenteile, sie entstanden immer wieder auf einer anderen Ebene neu. Bevor die damaligen Reaktionen, die „ursachensuchenden" und die „ursachenerklärenden" Prozesse kurz analysiert werden, soll eine sehr wichtige historische Lehre zitiert werden:

Soweit auf dem — als gerade Linie gedachten — Weg zum als widerspruchsfrei vorausgesetzten Sozialismus eine Anhäufung der Probleme und eine Komplizierung der wirtschaftlichen Lage spürbar wird und die Partei- in den bereits vorhandenen Instrumentensystem und in der Betrachtungsweise befangen — *vor der Aufdeckung der tiefer liegenden Ursachen zurückschreckt, kann sie die Richtigkeit der bisherigen Politik und Ideologie nur „nachweisen", indem sie ausschließlich dem Sozialismus fremde* — bzw. damit mittelbar identische subjektive — *Faktoren als die Quelle der Probleme* bezeichnet. Nach der harmonischen Gesellschaftsauffassung bilden die Theorie und der die Planmäßigkeit verkörpernde zentrale Wille eine einzige homogene Einheit mit der Gesellschaft, sind fast automatisch Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Interesses. Da das individuelle Interesse damit völlig übereinstimmt, ist die Erkenntnis seine Aufgabe, und sein Tätigkeitsfeld ist die Identifizierung. Die Erkentnis selbst ist schließlich lediglich vom Selbstbewußtsein, von der Bildung sowie der auf diese Faktoren wirkenden Erziehung und Mobilisierung abhängig. *Wenn die offizielle Ideologie im Laufe des Aufbaus beharrlich an diesem* — in *der revolutionären Periode im übrigen als positive Treibkraft beim Sturz der alten Gesellschaft wirkenden — ydealbild festhält, dann kann sie durch diese subjektive Betrachtungsweise immer mehr von den Realitäten abgetrieben werden.* Die innere Logik der Ereignisse veranlaßt sie unvermeidlich dazu, sowohl die Realität als auch das Bewußtsein ihrer deklarierten Qualität anzupassen zu versuchen. Wenn dan schließlich die einfacheren subjektiven Faktoren (Fehlen des Bewußtseins usw.) und auch die objektiven äußeren Ursachen sich für die Erklärung der Widersprüche als unzureichend erweisen, wird die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf künstliche Spannungsquellen und unheimliche Phantome gelenkt.

Einige konstruierte Prozesse „geringer Tragkraft" leiteten den im September 1949 geführten Konzeptionsprozeß gegen einen der populärsten Führer der Partei, László Rajk und seine Genossen ein. Von da an bis 1953 steht die Aufdeckung und Bekämpfung des gegnerischen Einflusses im Mittelpunkt der Ideologie und der Propaganda. *Jetzt bilden nicht mehr einfach die dem Sozialismus fremden Faktoren den Existenzgrund der Widersprüche. An die erste Stelle gelangte der sich dem Sozialismus heimtückisch und bewußt widersetzende teufliche Gegner, dessen potentieller Verbündeter jede nachsichtige, nicht genügend wachsame oder eben nicht genügend „ selbstbewußte", in der Produktion nachlassende staatsbürgerliche Haltung ist.* Die übrigen Spannungsquellen wurden ebenfalls um diesen Themenkreis gruppiert bzw. bewußt verschwiegen (oder gar nicht erkannt). *Die Gegnersuche bzw. der damit ideologisierte administrative Druck wurde zum „ordentlichen" und beinahe wichtigsten Instrument der Behandlung der vorhandenen (und potentialen!) Spannungen.* Auf Grund der mit der überstürzten Industrialisierung einhergehenden gewaltigen gesellschaftlichen Bewegungen, organisatorischen Schwierigkeiten sowie der Vernachlässigung des materiellen Interesses, lockerte sich die Arbeitsdisziplin. Dafür trifft die Verantwortung zu einem bedeutenden Teil die Gewerkschaften — stellte der Beschluß des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen vom Juli 1950 fest. „Indem sie dem konterrevolutionären rechten sozialdemokratischen Einfluß" Raum schufen, „haben sie nicht

einmal hinter den schweren Mangelhaftigkeiten, (die sich auf einigen Gebieten der Produktion abzeichneten), die Hand des Gegners gesucht."[9] Die lockeren Normen, die Lohn- und Normbetrüge wurden als Manöver des Imperialismus gewertet, obwohl vorwiegend nur von einer Reaktion der Unternehmer die Rede war, die unter den gegebenen Umständen für typisch angesehen werden konnte.

Die Kollektivisierung der Landwirtschaft schritt nur langsam voran, die Produktion fiel zurück. Laut dem einschlägigen Dokument war der Widerstand und die zerstörerische Aktivität des Kulakentums der wichtigste, ja fast schon der einzige Grund dafür.[10] Als ihre Hauptstütze galt dabei die klerikale Reaktion und die hetzerische Haltung der Imperialisten. „Der Hauptgrund der sich auf dem Gebiet der Volksbildung offenbarende Zurückgebliebenheit" (Wie hätte es auch im zweiten Jahr des Sozialismus bereits keine Rückständigkeit geben können?! — J. G.) ist geradewegs „die schädliche Sabotagetätigkeit des Gegners und seine unterminierende Tätigkeit gegen die Volksdemokratie", stellte ein anderer Beschluß fest.[11] Die Beschlüsse geißelten zugleich nicht selten die Vernachlässigung der Wachsamkeit und die im Verlaufe des Kampfes gegen den „Feind" auftretenden Übertreibungen. Die entlarvenden Beschlüsse lassen die Fragen unabgeschlossen — damit lassen sie die weitere Gegnersuche vermuten.[12] Das alles führte offensichtlich zur völligen Verunsicherung der Massen, der Parteimitglieder und des Parteiapparates und zu ihrer Dressierung zu einem folgsamen, ängstlichen Instrument.

Auf dem 2. Parteitag der Partei der Ungarischen Werktätigen im Februar 1951, wo die sowieso schon hohen Planzahlen des ersten Fünfjahrplanes auf „abenteuerliche"[13] Weise erhöht wurden, wurde ein großer Schritt nach vorn, „zur Entfernung von der schöpferischen Anwendung des Marxismus — Leninismus" getan.[14] Die schwere Lage des Landes war der Parteileitung im großen und ganzen bekannt. Das bewegte sie jedoch nicht zur Mäßigung und zum Neuüberdenken der Ziele, sondern zur Vernebelung der Ursachen. Der Beschluß neigt beinahe schon zur Parodie, die wenig Grund zur Freude gibt, als er festellt, daß „es gelungen ist, den Klassenfeind immer besser zu isolieren", trotzdem kommt der Beschluß immer wieder auf die Verschärfung des Klassenkampfes, auf die Steigerung der Wachsamkeit, auf die Stärkung der Organe der Staatsicherheit, auf den Kampf gegen die Laxheit, den Liberalismus und auf die zum Feinde nachsichtigen Haltung zurück. *In der Bekämpfung der Dispro-*

[9] Wichtigere Beschlüsse des ZK, des Politkomitees und des Organisationskomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen. Budapest 1951, S. 143 (Beschluß des Politkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen über einige Fragen der Gewerkschafts-: Arbeit)

[10] Ebenda: S. 163 (Bechluß des ZK über den Kampf gegen die klerikale Reaktion, 1. Juni 1950)

[11] Ebenda: S. 176—177 (Beschluß des ZK über die Arbeit des Ministeriums für Religion und Volksbildung, April 1950)

[12] Der Beschluß vom September 1949, der den Beginn der kampagneartigen und institutionalisierten Gegnersuche bedeutete („über die Entlarvung der trotzkistischen Spionergruppe", d. h. László Rajk und „seine Genossen") heißt z. B. die bisherige Tätigkeit der oberen Parteiorgane (d. h. die gesetzwidrigen Konzeptionsprozesse — J. G.) gut und „ermächtigt die Organe, IN ZUKUNFT (!) *im Namen des ZK* alle Maßnahmen zu treffen, die in unsere Partei *eingedrungenen* (!) gegnerischen Kräfte aufzufinden und zu beseitigen. Aus dem zitierten Werk, S. 162. (Hervorhebung vom Verfasser).

[13] „Es war eine sektenartige Politik, die die sozialistische Industrialisierung als Selbstzweck betrachtete und die Interessen der Arbeiterklasse vernachlässigte. Darin ... zeigte sich auch ein Größenwahn, und dies trägt ... in sich Elemente der Abenteurerpolitik.", lautet die harte Kritik nach zwei Jahren im Zentralbeschluß des ZK vom Juni 1953. Siehe dazu: *Bálint Szabó:* „Der Beginn der Politik der neuen Periode. Von der Sitzung des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen im Juni 1953 bis zum Oktoberplenum." (Párttörténeti Közlemények, 1983/2, S. 97)

[14] Der Wortgebrauch *Sándor Rákos's.* Párttörténeti Közlemények 1984/2, S. 71: „Der 2. Parteitag der Partei der Ungarische Werktätigen über die gesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung"

portionen („unserer Verpflegungs- (!) und Rohstoffschwierigkeiten") *sah man die Beseitigung des nichtsozialistischen Sektors,* die Kollektivierung der Landwirtschaft *als das wichtigste und fast einzige Mittel* an.[15] Dabei standen auch die schon funktionierenden Großbetriebe infolge der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Investitionen, des Fehlens des industriellen Hintergrundes, des auch die gemeinsamen Wirtschaften hart treffenden Entzugs großen Ausmaßes und infolge der Pflichtablieferungen sowie des Desinteresses an der Produktion sowieso auf außerordentlich schwachen Füßen.

Da im weiteren auf den „Gegnerfaktor" nicht noch einmal zurückgekommen wird, werden hier zwei Schlußbemerkungen gemacht:

In der Periode zwischen 1953 und 1956 wurde zwar bei der Erörterung der Wurzeln der Probleme der Hinweis auf den Gegner und die Wichtigkeit der Wachsamkeit in den Hintergrund gedrängt, dieser taucht jedoch slangartig und als Folge der früheren Betrachtungsweise wie ein unentbehrliches Requisit des öfteren immer wieder auf. (Ohne die wirklich antisozialistischen Kräfte ernsthaft zu beachten!) Außerdem haben die tragischen Ereignisse im Oktober 1956 mit bestürzender Kraft jene Erfahrung bestätigt, daß, wenn eine Partei infolge inneren Krise, ihrer Fraktionskämpfe, ihrer Bemühungen um die Stabilität im schlechten Sinne (es ist die Unveränderlichkeit gemeint) unfähig ist, die dringenden konzeptionellen Maßnahmen zu treffen, eine offene gesellschaftliche und politische Krise ausbrechen kann, in der dann auch nicht mehr die kreierten, sondern die sehr realen feindlichen Kräfte sogar eine dominante Rolle spielen können.

Dramatischer Weg von der harten und doch erfolglosen Selbstkritik zu Teilkorrektionen

Der Beschluß der Zentralleitung vom Juni 1953 kritisierte umfassend und scharf die Fehler der bisherigen Politik, die Entfernung von den Realitäten, die Abwertung der Massen und das Überwiegen der ihnen gegenüber angewandten administrativen Methoden. Als die größte Mangelhaftigkeit bezeichnete er den schwerwiegenden Zerfall der Proportionen in der Volkswirtschaft und die sektierische Politik. *Unter den Ursachen erwähnt er an erster Stelle subjektive Faktoren* — unter ihnen solche von besonderer Wichtigkeit — *die fehlerhaften Entscheidungen, die falschen Anschauungen und Haltungen der obersten Führung, namentlich der obersten Führer der Partei.* Die zentrale Politik selbst wird einer scharfen Kritik unterzogen, was etwas ganz anderes bedeutet — und hauptsächlich weiterwirkende Konsequenzen zur Folge hat — als die in den dogmatischsten Perioden andauernd wiederkehrende Geißelung des Mangels an Bewußtsein, Disziplin, Begeisterung, Kritik und Selbstkritik usw. Dramatisch — und setzen wir hinzu: ohne entsprechende Vorbereitung — wurde die bis dahin verkündete Unfehlbarkeit der Parteiführung und die Allmächtigkeit des zentralen Wissens auch offiziell in Frage gestellt. Der Beschluß schuf — wenn auch nicht absichtlich — eine Voraussetzung für den Beginn die Ursachen und die Mittel suchenden Prozesses.

Die persönlichen Konsequenzen der Überprüfung wurden nicht entsprechend gezogen, so behinderten das hin und her und die Uneinigkeit innerhalb der Parteiführung auch die Entfaltung. Der Beschluß des 3. Parteitages der Partei der Ungarischen Werktätigen begnügte sich z. B. damit, den Inhalt der ersten beiden Vorlagen zur Tagesordnung (Mátyás Rákosi: „Bericht der Zentralleitung der Partei der Ungarischen Werktätigen und die Aufgaben der Partei" sowie Imre Nagy: „Die Aufgaben

[15] Auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus. Aus dem Material des 2. Parteitage der Partei der Ungarischen Werktätigen. Budapest 1956, S. 332—338

der Staatsverwaltung und der Räte") in je einem Satz als die weitere Tätigkeit der Partei bestimmende Prinzipien gutzuheißen, obwohl die beiden Berichte hinsichtlich der Analyse und des daraus resultierenden Programms auffällig voneinander abwichen.[16]

Mit dem Ziel der Wiederherstellung der *Proportionen in der Volkswirtschaft* und der Erhöhung des Lebensniveaus bemühte man sich, die Investitionen und die Ausgaben des Staatshaushaltsplanes zurückzuhalten. Man unternahm Kräfteanstrengungen zur *Sparsamkeit*, zur *Senkung der Selbstkosten* und zur *Steigerung der Arbeitsproduktivität*. So wurde die Aufmerksamkeit auf den *Bürokratismus*, auf das Problem der sich im Geflecht der Bürokratie verlierenden *Verantwortung* gelenkt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die *materielle Interessiertheit*, die Selbsttätigkeit auch wegen der *Überzentralisierung der Volkswirtschaft* nicht der „Hebel" der Entwicklung sein kann. *Das Programm der Proportionalisierung wurde im Frühjahr 1954 zu einem Programm der Rationalisierung, der Vereinfachung der Wirtschaft sowie der Staatsführung und Staatsverwaltung und der Demokratisierung des Staatslebens.* Allerdings stellte es sich bald heraus, daß durch einen einfachen Abbau, durch die Senkung der Belegschaftsstärke und durch organisatorische Maßnahmen nicht viel wesentliche Erfolge zu erzielen sind.

Die Aufmerksamkeit wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 auf den „Mechanismus" selbst, auf das Institutionssystem gelenkt.[17] Die diskutierenden Seiten begannen auf die bestimmte Ermunterung durch die Partei auf diesem Gebiet die Quelle der Widersprüche und Spannungen zu suchen. Ein Teil der entworfenen Vorstellungen wollte den verschiedenen Vermittlern und Automatismen eine gewisse Rolle beimessen, indem sie das bisherige System radikal verändern, dabei aber im großen und ganzen innerhalb des Rahmens der planmäßigen, zentralen Führung bleiben. Sie wollten die Selbständigkeit und den Bewegungsraum einzelner Elemente des Systems vergrößern oder wenigstens die unübersichtliche Menge der naturellen Kennwerte reduzieren und umformen. Es wurde auch der Gedanke formuliert, daß die führende Rolle der Partei nicht die Ausschließlichkeit der Partei im öffentlichen Leben bedeuten kann. Für die Erweiterung der Basis der Bündnispolitik hielten sie die Verstärkung der Selbsttätigkeit der Volksfrontorganisationen für unentbehrlich. All dies deutet darauf hin, daß man begann, auch die gesellschaftlich — politischen Verhältnisse und die vermittelnden Mechanismen über die wirtschaftliche Sphäre hinaus in die Analyse hineinzubeziehen. Zum Teil auch durch äußere Faktoren und durch die Verschärfung der internationalen Lage wurde der Berichtigungsprozeß zur Jahreswende 1954/55 im wesentlichen unterbrochen. *So konnten die Ergebnisse der Diskussionen nicht in die programmatischen Dokumente der Partei aufgenommen werden.* Erneut wurde „die Verkürzung der Übergangsperiode", die schnelle Ausbreitung des sozialistischen Sektors in den Vordergrund gestellt. *An erster Stelle wurden wiederum subjektive Faktoren, „der Liberalismus", die „opportunistische Nachsicht", die Disziplinlosigkeit usw. als Ursachen der Fehler bezeichnet.* „... Es wurde für ein Zeichen der rechtsge-

[16] Das gekürzte Protokoll des 3. Parteitages der Partei der Ungarischen Werktätigen. (24.—30. Mai 1954) Budapest 1954, S. 350—351 bzw. S. 13—103 (Rákosi) sowie S. 210—297 (Nagy)

[17] Bei der Analyse der Periode zwischen 1953 und 1956 stützte ich mich weitgehend auf die Studie von *György Földes*, da nämlich die entsprechenden Dokumente nur teilweise zur Verfügung standen. („Vereinfachung, Mechanismus und Industrieleitung" (1953—56) — Párttörténeti Közlemények 1984/2, S. 72—108). (Siehe auch *Bálint Szabó:* „Die Politik der Partei der Ungarischen Werktätigen in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 und die Wende im März 1955", Párttörténeti Közlemények 1984/3, S. 37—90; *László Szamuely:* „Die erste Welle des Mechanismus in Ungarn 1954—57", Valóság, 1982/7, S. 17—31)

(Auf die sehr reiche Literatur der späteren Periode berufe ich mich aus Platzgründen nicht.)

richteten Gesinnung angesehen, wenn sich jemand mit den 'Mechanismen, befaßte."[18] Das bedeutet aber nicht, daß man auf allen Gebieten zur voluntaristischen Wirtschaftspolitik der Jahre vor 1953 zurückgekehrt wäre. Die Suche nach den Leitungs- und Organisationsinstrumenten sowie deren Erprobung lief in einem engeren Kreise weiter. Während jedoch die sich in der Theorie und Ideologie offenbarende „rechte Orientierung" als die „Hauptgefahr" betrachtet wurde, *wurde man nicht genügend dessen gewahr, daß sich der Schwerpunkt der Widersprüche immer mehr von der Wirtschaft auf die gesellschaftlich — politische Sphäre verlagerte.*

Auf die Wirkung des 20. Parteitages der KPdSU hin machte sich die Partei erneut daran, mit den sektiererisch — voluntaristischen Fehlern abzurechnen. Die Position der für die alte Politik verantwortlichen dogmatistischen Gruppe — an ihrer Spitze der an die Stelle von Mátyás Rákosi geratene Ernő Gerő — war allerdings noch außerordentlich stark, *so schritt die Klärung und Neuwertung besonders im Vergleich zur Beschleunigung der der Hand der Partei immer mehr entgleitenden gesellschaftlich — politischen Bewegungen nur schleppend voran.* Es stellt sich aus dem Beschluß der Sitzung des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen im Juli 1956 heraus, daß die Partei neben der Aufrechterhaltung des zentralisierten Systems der Planung die Berichtigung der Wirtschaftspolitik — und in ihr nicht zuletzt die der Lebensniveaupolitik — beschleunigen wollte.[19] Als mindestens genauso wichtig wurde die Verbesserung des Verhältnisses von Partei, Staat und Volk und die konsequente Wiederherstellung der Gesetzlichkeit beurteilt. Im Verhältnis zu den beschleunigten Ereignissen erwiesen sich jedoch die anfangs zaghaften und inkonsequenten und dann im September/Oktober in Kopflosigkeit umschlagenden Schritte der Politik als ungenügend.

Die Wochen der Krise, des Durcheinanders waren für das theoretische Weiterdenken nicht gerade günstig, aber es scheint, daß der die nationale Tragödie auswertende Beschluß vom Dezember 1956 schon wieder die auswegsuchenden Bemühungen ermutigt. Indem dieser Beschluß die Ausarbeitung einer der neuen Situation entsprechenden Wirtschaftspolitik als notwendig beurteilt, wird folgendes über die Planung ausgesagt: „Sie ist nicht weniger wichtig geworden, aber *ihr Aufgabenkreis muß sich ändern,* und man muß die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Feststellung der *wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft* und des Entwicklungsanteiles lenken.[20] Im gegebenen Zeitraum stand natürlich die Analyse der Krise und die Zurückgewinnung des Vertrauens der Massen d. h. der Erfolg der Konsolidierung im Vordergrund. Der Beschluß löste viele Diskussionen aus, indem er *bei der Untersuchung der Ursachen der Krise an erster Stelle die sektiererisch — dogmatische Politik analysierte.* Heute sieht man schon klar, daß ohne die linksradikalen Verzerrungen weder die „rechten Abweichungen" innerhalb der Partei noch die inneren und äußeren konterrevolutionären Aktivitäten zur Explosion am 23. Oktober 1956 geführt hätten. Nach der außerordentlich schnellen Bekämpfung des offenen konterrevolutionären Einflusses wurde der *gleichzeitige* Kampf gegen die sektiererisch — dogmatischen bzw. revisionistischen Abweichungen zu einem bis heute lebendigen zentralen Leitprinzip der Politik. Die jeweilige politische Lage und die ideologische Betrachtungsweise beeinflußte die Kriterien und Bezugspunkte des Zweifrontenkampfes, in seiner

[18] *Földes:* A. a. O. 91.

[19] Der Beschluß des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen „Mit der Parteieinheit für die sozialistische Demokratie", Szabad Nép 23. Juli 1956. Siehe auch: Von Juli bis Juni 1956—57. Budapest 1981, S. 66—92

[20] Die Beschlüsse und Dokumente der USAP (im weiteren mit DOK abgekürzt) 1956—62, Budapest 1973

Tendenz ist es aber gelungen, eine bedeutende Beständigkeit und Konsequenz geltend zu machen. *Die Kritik der rechten und der linken Übertreibungen und Verzerrungen wurde zum organischen Bestandteil der Behandlung der Widersprüche und der gesellschaftlichen Probleme.* Die als dogmatisch und revisionistisch bezeichneten Einseitigkeiten spielen z. T. als die Ursachen der Widersprüche, in erster Linie jedoch als die für deren Behandlung ungeeigneten Instrumente und Haltungen eine Rolle in den Dokumenten. *Ihre Rolle wird in der „subjektiven Betrachtungsweise", in der „Verwerfung der marxistischen Erkenntnistheorie" gesehen. Deren Wurzel* und gesellschaftliche Basis ist nach den Dokumenten *in den außerhalb der sozialistischen Verhältnisse stehenden Faktoren, in den Überresten der kleinbürgerlichen Existenz und des kleinbürgerlichen Bewußtseins zu suchen.* Während der Überprüfung der Wirtschaftspolitik wurden Mitte 1957 auf Initiative des Wirtschaftskomitees der Regierung die ersten Vorstellungen über eine umfassende Reform des Mechanismus formuliert. Die Problemstellungen und die theoretischen Ergebnisse der Diskussionen 1956/57 spiegelten sich in den Parteidokumenten jener Zeit nicht unmittelbar wieder.

In den Geplänkeln der politisch — ideologischen Sphäre erlitten die theoretischen Konzeptionen der „reformerischen" Ökonomen zum großen Teil eine Niederlage.[20/B] Als stärker erwiesen sich jene, nach deren Ansicht durch eine umfassende Reform des damaligen Modells der Planwirtschaft die zentrale Rolle des Staates, ja sogar der Sozialismus negiert wird. Im Sommer 1957 reagierten die Parteidokumente nicht auf die in den Diskussionen aufgeworfenen Hauptfragen, sondern sie schlossen die Diskussion selbst ab, indem sie die „anarchistischen", „gegen die unentbehrliche zentrale Führung auftretenden" Bestrebungen zurückwiesen. Dieselben Dokumente[21] kritisierten jedoch auch den bürokratischen Standpunkt. Sie hielten eine bedeutende Korrektur des Mechanismus, die Beseitigung der übertriebenen Zentralisierung und der „bürokratischen Schranken" für notwendig. Innerhalb des Systems der auf Planvorschriften beruhenden Wirtschaftsführung konnte also die Suche nach wirksamen Mitteln, die Aufdeckung der entwicklungshemmenden Widersprüche fortgesetzt werden. Andererseits lehnte János Kádár fast gleichzeitig auf der Landesberatung der USAP im Juni entschieden alle „linken" Versuche ab, die gestürzte sektiererische Führung teilweise zu rehabilitieren.[22]

Es erscheint als notwendig, einige jener Faktoren zu erwähnen, die jene politische Entscheidung motiviert haben können, die eine Umgestaltung der Funktionsmechanismen der Wirtschaft in größerem Maßstab ablehnte:

— In Folge des beinahe unerwartet schnellen Erfolges der Konsolidierung ließ der Druck in Richtung einer Änderung der Strategie nach. (Gleichzeitig damit wurden

[20/B] Etwas nuancierter ist das Bild in der Landwirtschaft, wo man das System des obligatorischen Einlieferungssolls mit rückwirkender Kraft abgeschafft hat (25. 10. 1956), und die weiteren Formen der direkten Leitung, der unmittelbaren Eingriffe und Einschränkungen größtenteils liquidiert wurden. Von Anfang des Jahres 1958 haben sich zwar die direkten Methoden in erneuerter Form wieder verstärkt, aber der zwangsmäßige politische Schritt hat doch schwerlich umkehrbare Veränderungen in der Agrarpolitik, im Wirkungsmechanismus der landwirtschaftlichen Sphäre sowie in den theoretisch — ideologischen Einstellungen hervorgerufen. Siehe darüber: András Gyenes: Einige wichtigere Charakterzüge der Agrarpolitik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in der Periode 1957—1960. (In: „Gazdaságpolitikánk tapasztalatai és tanulságai" 1957—1960. Budapest, 1976, S. 223—44.).

[21] Protokoll des Landeskongresses der USAP (27.—29. Juni 1957) Budapest 1957, S. 270; DOK. 56—62: S. 99—100 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP vom 30. Juli 1957). Zur Analyse der Reformdiskussion siehe z. B. *Iván Berend T.:* Wirtschaftliche Wegsuche 1956—65. Budapest 1983, S. 33—122

[22] „... die Flagge der gestürzten Führung ... ist zerbrochen und liegt auf der Erde ... und wird nie mehr flattern." Protokoll, S. 214

auch die sektiererische Ungeduld und die Basis der Übertreibung der administrativen Methoden schwächer.)

— Ein Teil derer, die die Notwendigkeit der Wirtschaftsreform aussprachen, ging auf die Seite der die Zusammenarbeit mit der Regierung ablehnenden Kräfte über.

— Ein Teil der Intelligenz, die auf die Reformen drängte, stellte irreale politische Reformen in der gegebenen Periode in den Vordergrund und betrachtete die USAP als Fortsetzerin der sektiererischen Linie der Partei der Ungarischen Werktätigen.

— Die vor dem 23. Oktober 1956 auch von der offiziellen Politik veranlaßten Arbeiterräte, die wichtige Organe der betrieblichen Selbständigkeit hätten sein können, schoben sich Ende Oktober nach recht ab und wurden nach dem 4. November zum Mittelpunkt der der Partei gegenüber stehenden Kräfte.

— In den sozialistischen Ländern wurde der Kampf gegen den Revisionismus, bald darauf die Beschleunigung der Entwicklung und das Programm „des Aufbaus des Kommunismus in mehreren Ländern" in den Vordergrund gestellt.

— Die vom 20. Parteitag der KPdSU veranlaßte theoretische Erneuerung und die Rekonstruktion der theoretischen Hinterlassenschaft von Marx und Lenin, die die für die Reformvorstellungen notwendigen theoretisch — ideologischen Grundlagen hätten sein können, begannen sich gerade erst zu entfalten.

— Zum Schluß soll noch der in der ungarischen Fachliteratur oft analysierte Widerstand des an die Überzentralisierung gebundenen Apparates bzw. sein Trägheitsmoment erwähnt werden, das sich aus der objektiven Existenz des überzentralisierten Organisationssystems ergab.

Beschleunigung, Entwicklungsoptimismus, Realitätsempfinden, Mittelorientierung

Ab 1958/59 hat man die baldige Beendigung der „Schaffung der Grundlagen" wieder in den Vordergrund gestellt. *Eine der wichtigsten Wurzeln der Widersprüche wurde wiederum im nichtsozialistischen Sektor gesehen.* Die Dokumente des 7. und des 8. Parteitages der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sind *vom Glauben an die schnelle Entwicklung, an die historisch nicht allzu ferne technisch — materielle Grundlegung des Kommunismus,* an das Vordringen des Sozialismus im Weltmaßstab durch den verkündeten *wirtschaftlichen Wettbewerb durchdrungen. Die Beschlüsse haben allerdings noch eine andere Seite: die Konzentrierung auf die Aufgaben der Gegenwart und auf die Art und Weise des Vorwärtskommens und auf die Mittelorientierung.* Die in der Periode des Personenkultes eingewurzelten Vereinfachungen des Sozialismusbildes halten die Anschauung oft noch gebunden, aber die Gegenwart ist bei weitem nicht mehr so mechanisch der Zukunft, genauer gesagt einem bestimmten Zukunftsbild untergeordnet wie vor 1953. Die Vorsicht gegenüber jedem Vorsprechen soll mit einem Zitat aus dem Schlußwort des Parteitages 1959 illustriert werden: „Im Mai begannen dann Diskussionen 'philosophischen' Charakters (im Zusammenhang mit dem Erfolg der Kollektivisierung — J. G.), ob die Entwicklung ein Schritt oder ein Sprung war." „... Wir können nur nach unseren Umständen vorwärtsgehen, und wenn unsere Kraft nur für einen Schritt ausreicht, können wir nicht Sprünge machen, weil wir leicht in die Mitte des Grabens fallen können."[23] Der 8. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sprach die Schaffung der Grundlagen

[23] Protokoll des 7. Parteitages der USAP Budapest 1960 (Schlußwort János Kádárs), S. 457—458

aus: „Die sozialistische Revolution hat im gesellschaftlich — wirtschaftlichen Leben gesiegt, da die sozialistischen Produktionsverhältnisse in jedem Zweig der Volkswirtschaft herrschend geworden sind."[24] Einer der früher für grundlegend gehaltenen Widersprüche war verschwunden. *Der primäre Grund für die Widersprüche war in den Dokumenten dieser Periode die relative Zurückgebliebenheit der Wirtschaft und der Kultur. Hieran knüpfen sich die Hinweise auf die subjektiven Faktoren* wie die Kleinbürgerlichkeit, der Nationalismus, der Individualismus, die Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Interessen.

Der 7. Parteitag stellte *die Fachmäßigkeit* nicht nur bei der Erhöhung des wirtschaftlichen Führungsniveaus, sondern auch bei der Parteiführung der Wirtschaft an die erste Stelle.[25] Der 8. Parteitag betrachtete *die Kluft zwischen den Mitteln und den Aufgaben, den Rückstand* des Leitungsniveaus, *des Leitungsorganismus als einen der brennendsten Widersprüche.*[26] Um 1964 hat die Partei erkannt, daß die Teilkorrektionen nicht zum notwendigen Ergebnis geführt hatten: „Das Zentralkomitee hält eine umfassende, kritische Überprüfung und eine der Lage entsprechende Veränderung des derzeitigen Mechanismus der Wirtschaftsführung für notwendig".[27]

Die umfassende, an das Modell der Planvorschriften gebundene Kritik der auf dem Boden des Sozialismus entstehenden Widersprüche und die Reform

Es differenziert sich die Anschauung im Zusammenhang mit der Interessenstruktur der sozialistischen Gesellschaft. Die Richtlinien des ZK vom März 1965 halten die Existenz von Interessenunterschieden auf der Basis der Gleichheit der „grundlegenden" Interessen für natürlich, sie stellen sogar fest, daß die sozialistische Demokratie nicht ohne die Selbständigkeit eigener örtlicher Interessen bestehen kann.[28] Der Durchsetzung der individuellen Interessen muß Raum gewährt werden, indem das gesamtgesellschaftliche Interesse befriedigt und *gleichzeitig* des sozialistische Bewußtsein gestärkt wird. *In den Parteidokumenten vom November 1965 und Mai 1966*[29] *können wir die bis dahin umfassendste und um Komplexität bemühte Analyse der Entstehung und Reproduktion sowie der gesellschaftlich — wirtschaftlichen (und bewußtseinsmäßigen) Auswirkungen der Widersprüche, die auf dem Boden des Sozialismus möglich sind, finden.* Die beiden Richtlinien sehen die Hauptquelle der Widersprüche in erster Linie nicht in den subjektiven Faktoren, in den Überresten des Kapitalismus, sondern im bisherigen Modell der Wirtschaftsführung, der Planwirtschaft (sowie in

[24] Protokoll des 8. Parteitages der USAP. Budapest 1963. S. 430. (Ebenda: S. 447: „Die Steigerung der Arbeitsproduktivität, ... die Erhöhung der Produktion ist heute die Hauptfront, an der in unserer Heimat der Kampf um den vollständigen Aufbau des Sozialismus stattfindet. Auch in Weltmaßstab wird an dieser Front die Schlacht des Sozialismus mit dem Kapitalismus entschieden." Demnach ist die Überbewertung und vereinfachte Auffassung der Möglichkeiten und Mittel des wirtschaftliche Wettbewerbs und überhaupt der übertriebene Entwicklungsoptimismus, der in dieser Etappe in den sozialistischen Ländern herrschte, auch hier zu spüren. Ungarn vermied zum Glück die manchmal lawinenartig auftretenden voluntären Aufschwünge und „große Sprünge".)

[25] Protokoll, S. 583

[26] Protokoll, S. 448: „Das System der materiellen Stimulierung entwickeln wir so, daß nur der Dienst an den volkswirtschaftlichen Interessen der Weg der Erhöhung der betrieblichen Rentabilität sein kann." „... Voraussetzung unseres Fortschritts ist die Verbesserung der Wirtschaftsführung."

[27] DOK 1963—66, Budapest 1968, S. 107

[28] DOK S. 137 („Einige zeitgemäße ideologische Aufgaben der USAP")

[29] DOK S. 232—264 (Die Anfangsdirektiven der USAP für die Reform der Wirtschaftsführung, 18.—20. November 1965): DOK S. 301—450 (Die Direktiven des ZK der USAP zur Reform des Wirtschaftsmechanismus, Mai 1966): DOK S. 451—481 (Beschluß darüber)

den sich dabei reproduzierenden individuellen und betrieblichen Haltungen)! „Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ... ist in Widerspruch zur Wirtschaftspolitik geraten" „... fördert nicht den optimalen Gleichklang des individuellen, betrieblichen (örtlichen) und gesellschaftlichen Interesses ..." „... das System der Planaufschlüsselung ist nicht die Quelle der Planmäßigkeit, sondern gerade im Gegenteil, es ist eine Quelle der Unplanmäßigkeit" „... der Apparat kann die Möglichkeiten der Betriebe nicht ausreichend beurteilen ..." (deren) „... Risikobereitschaft und Verantwortung verschwindend gering ist ..." „Das System der Planaufschlüsselung wirkt sich ungünstig auf das Bewußtsein der Menschen aus: einerseits gewöhnt es ihnen die selbständige Wegesuche, ... die Risikobereitschaft ab, andererseits bestärkt es das politisch schädliche Bewußtsein, daß die höheren Organe für jeden Fehler verantwortlich sind" — so heißt es in den „Ausgangsrichtlinien" vom November.[30]

Der Reformentwurf enthielt die auf die indirekte Regelung des ganzen Systems der Wirtschaftsführung ausgerichtete und dem Prinzip der betrieblichen Selbständigkeit entsprechende Umgestaltung. Sie stellte die Auswirkungen über die wirtschaftliche Sphäre hinaus sowie die notwendigen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in Rechnung. „... das politische Ziel ist es, durch die Reform günstigere Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu schaffen." (Des weiteren): „... die übertriebenen Gebundenheiten, die die individuelle Initiative behindern, zu beseitigen und die bürokratischen Tendenzen zurückzudrängen" — stellt das Parteidokumentum fest.[31]

Im Stadium der Einführung war die Aufmerksamkeit der staatlichen und politischen Organe von der Ingangsetzung des Regelungssystems gebunden. Die Überprüfung und Überwachung der beginnenden wirtschaftlichen Bewegungen verbrauchte mehr Energien als man erwartet hatte. In einer solchen Lage zeigten sich fast natürlicherweise die Erscheinungen *des Wirtschaftszentrismus und der technischen Einseitigkeit.* Die Reform des Organisationssystems als eine die neuen Unsicherheitsfaktoren in sich bergende Entscheidung erlitt in der plastischen Anfangsphase einen Aufschub. Es stellte sich heraus, daß die Welt der Interessen komplizierter und verwikkelter ist als die „Dreieinigkeit" des individuellen, des betrieblichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Interesses. Die Unternehmen, denen man bis dahin durch die Planzahlen und die allgemenigültigen zentralen Vorschriften „die Zügel kurz hielt", waren, wie die späteren ökonomischen Analysen zeigten, nicht um das durch die Normative vorgegebene Optimum, sondern um die Manövrierung zwischen den Normativen d. h. um eine Art Zufriedenheitsniveau bemüht. (So trat z. B. an die Stelle des „Plangefeilsches" eine andere Art der Umspielung, das „Normativfeilschen".) Die „befreiten" und sichtbarer gewordenen Interessen bewegten sich nicht unbedingt in der Richtung des nach zentraler Beurteilung gesamtgesellschaftlichen Interesses. Die Reaktionen waren dadurch bestimmt, daß die Reformkonzeption selbst von Anfang an durch bedeutende ideologisch — anschauungliche Schranken belastet war. Die Reform wurde vor allem als ein *Instrument* für den Aufbau des Sozialismus betrachtet, das wirksamer als das frühere war. Man erwartete von ihr die dynamische Entwicklung des Lebensniveaus, die Erfüllung des *früheren* Programms des „vollständigen Aufbaus" des Sozialismus. Der 9. Parteitag, der die Reformentscheidungen sanktionierte, erwartete von der „energischen" Fortsetzung des Aufbaus, daß die Gesellschaft, in der „die Arbeiterklasse die anderen Schichten der

[30] DOK S. 238 und 240
[31] DOK S. 302

Gesellschaft allmählich auf ihr eigenes Bild formt, immer homogener wird."[32] Das Dokument des 10. Parteitages, der beinahe im Zenit des Reformprozesses einberufen wurde, läßt ersehen, „daß die Elemente der zukünftigen, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft im Ergebnis der dynamischen Entwicklung und des sicheren Fortschrittes schon *erschienen sind und wirken*".[33] Wir wagen die Behauptung, daß *zumindest in bedeutenden politischen Kreisen von der Reform, die auf die Interessen und die Gliederung der Gesellschaft aufbaut, die baldige Aufhebung der Widersprüche d. h. sozusagen die Verwirklichung des früheren harmonischen Sozialismusbildes auf indirektem Weg erwartet wurde.*

Das System der bei dem Aufbau des Sozialismus entstehenden Widersprüche wurde bei der Einführung der Reform an den starren Mechanismus der Planvorschriften gebunden analysiert. Diese Widersprüche reproduzieren sich jedoch auf neuer Ebene und in neuer Form, ja, manchmal sogar sichtbarer als früher auch nach der Abschaffung des Systems der Planaufschlüsselung. Der neue „Mechanismus der Wirtschaftsführung" hätte nach der Erwartung vieler die systemgebundenen Grundlagen der Widersprüche beseitigen müssen. Andererseits schien die Reproduktion der Widersprüche die Kritik über den früheren — „überzentralisierten" — Mechanismus zu schwächen, d. h. sie begann die als veraltet bezeichneten Instrumente der zentralen „Einmischung" zu rehabilitieren.

Die Vielgesichtigkeit der 70er Jahre im Spiegel der Dokumente

Auf die nach dem Start des „neuen Mechanismus der Wirtschaftsführung" erscheinenden Probleme reagierte man mangels eines schnelle Ergebnisse versprechenden und anerkannten Instrumentensystems nach anfänglichem Schwanken (ja sogar nach längere Zeit dauernder Weigerung der zentralen Organe) mit zentralen Eingriffen. Die Reihe der administrativen Maßnahmen, die Ausnahmen darstellten und direkt nur von Fall zu Fall getroffen wurden, und zu denen auch die Weltwirtschaftskrise praktische Argumente lieferte, verstärkte sich und setzte sich unbemerkt zu einem System zusammen, das praktisch schon die Negierung der Reform bedeutete. Obwohl immer schwächer, so verkündete die Ideologie doch noch weiterhin die Fortsetzung der Reform. Statt dessen (!) wird allerdings nach 1972 schon mehr die „Weiterentwicklung der sozialistischen Planwirtschaft", die Verstärkung der „Wirtschaftlichen Produktion", „die Modernisierung der Produktionstruktur" zum zentralen Ziel erklärt. Auf die Wirkung der Rezentralisierungsvorgänge, die sich in einem breiten Spektrum der Wirtschaft abspielten, und der stufenweise eingetretenen ideologischen Schwerpunktverschiebungen hin erfolgte 1973/74 eine qualitative Veränderung. Aus dem Sprachschatz der Dokumente verschwand die Reformphraseologie, die Berufung auf den neuen Mechanismus der Wirtschaftsführung bzw. auf die Reformbeschlüsse und die in ihnen enthaltenen Prinzipien. Ein Teil der politiker und der „Reformökonomen", die die Geburt des „neuen Mechanismus" bemutterten, wurde in den Hintergrund gedrängt, das System der direkten Führung der Jahre vor 1968 wurde jedoch nicht normativ wiederhergestellt. Die Reihe der Zwangsschritte und der an diese gebundenen ideologischen Auffassungen gelangte also an einen bestimm-

[32] Protokoll des 9. Parteitags der USAP (28. November bis 3. Dezember 1966) Budapest 1967, S. 454—455

[33] Protokoll des 10. Parteitags der USAP (23.—28. November 1970) Budapest 1971, S. 483

ten „Umschwenkpunkt", es wäre aber übertrieben, (und ungenau), diesen einen Wendepunkt zu nennen.

Die Dokumente der 70er Jahre zeichnen sich durch eine eigene Vielgesichtigkeit aus. Sie analysieren empfindlich und meist mit dem Anspruch, fachgerecht zu verfahren, einzelne Momente der Realität. Die Beurteilung des ganzen Systems der Zusammenhänge und die Richtung der Aktionsprogramme werden in erster Linie aus dem in seinen Hauptmerkmalen aufgezeichneten Zukunftsbild des entwikkelten Sozialismus rückprojizierten Werten abgeleitet. *Die Realität wird in erster Linie unter dem Aspekt untersucht, welche sind in ihr die „neuen Tendenzen der Entwicklung", welche sind die „verstärkbaren" und „verallgemeinbaren", „sich entfaltenden" sozialistischen Züge, inwiefern können die Werte, die dem Aufbau des entwickelten Sozialismus voranhelfen, einbezogen werden bzw. welche Faktoren behindern die Verwirklichung des Programms.*[34] Die Politik wollte mit der Beschleunigung des Wachstums, der Steigerung der Wirksamkeit, der Produktivität und der Exportfähigkeit sich dem auch in. der Programmerklärung niedergelegten Idealbild der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nähern, dabei öffnete sie die Wirtschaft immer mehr und hat sie immer enger an die Weltwirtschaft gebunden. Während die Politik für die Entwicklung in zunehmendem Maße äußere Kraftquellen in Anspruch nahm, verkündete in den ersten zwei, drei Jahren der Weltwirtschaftskrise die Auffasssung, daß „sich unsere Volkswirtschaft (infolge der Überlegenheit des Sozialismus und der sozialistischen Integration) im wesentlichen unberührt ... von den Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft und dynamisch entwickelt."[35] Ab 1975 wurde schon der Bedarf nach Anpassung formuliert. Die auf die Veränderung der Voraussetzungen gerichteten Kräfteanstrengungen blieben allerdings innerhalb des Rahmens der gegebenen Wachstumsstrategie. *Die Strategie des schnellen Wachstums hat die Anhäufung der Gleichgewichtsmängel bei unverändertem Mechanismus und Instrumentevorrat sowie die Anhäufung anderer Spannungen weiter beschleunigt, das heißt sie bereitete potentiell die Zwangslage einer künftigen Änderung der Strategie vor.* Die Dokumente der 70er Jahre sahen die Quelle der Unzulänglichkeiten — neben den „zufälligen Faktoren — in der relativen Zurückgebliebenheit der Wirtschaft und des Bewußtseins. Diese Anschauung ist nicht völlig mit der ähnlichen Meinung von 10 Jahre früher identisch. Beim Vergleich mit dem Weltspitzenniveau wird die Wirtschaft in erster Linie nicht an naturellen Kennzahlen oder an den Zahlen des Wachstums gemessen. Die Ideologie scheint sich aus dem Zauber der Zahlen zu befreien. Die Betonung lag auf den *qualitativen Charakteristika der Wirtschaft,* die nicht nur im allgemeinen ange-

[34] „... es ist ein Fakt, daß es in der Mitte der 70-er Jahre eine Art Bestrebungen gab, irgendeine Konsistenz zu schaffen zwischen der Ideologie und der konkreten täglichen Praxis.", sagt darüber *Tamás Kolosi* in dem mit ihm geführten Interview (Mozgó Világ, 1984/11, S. 107). Wir können noch hinzufügen, daß die praktische Aktivität sich niemals in vollem Maße von ihrer eigenen Ideologie unabhängig machen kann, und i. a. bemüht sie sich auch nicht darum. Die „Besonderheit" der 70-er Jahre bestand vielmehr darin, daß man versuchte, die in der Ideologie formulierten Werte *unmittelbar* in die Praxis des Alltages hineinzutragen. Damit jedoch — wie *István Hermann* schreibt — „benutzte man die Kategorien des Sozialismus, indem man sie von der historischen Situation unabhängig machte und sie davon abtrennte, in Wirklichkeit also zur blinden Selbstbeweihräucherung des Sozialismus." (Die 70-er Jahre in der ungarischen Geschichte. Budapest 1980, S. 149)

[35] DOK 1971—1975. Budapest 1979, S. 836 (Die Durchdachtheit der Aussage wird dadurch gerettet, daß sie in einem nicht wirtschaftspolitischen Dokument zu finden ist: „Aktuelle Fragen des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus. Stellungnahme der kulturpolitischen Arbeitsgemeinschaft des ZK der USAP" — September 1974). (Innerhalb der 70-er Jahre sind vielleicht gerade in den Dokumenten des Jahres 1974 die meisten linksidealistischen Formulierungen zu finden; sie behandeln die vereinfacht dargestellten, aus dem „entwickelten sozialistischen" Zukunftsbild projizierten Ideen stellenweise als außerordentlich nahe Realität.)

geben waren, sie lag in erster Linie auf der *Technologie* und auf der Zurückdrängung der unrentablen Produktion, obwohl man bis 1978 im wesentlichen im Rahmen desselben Mechanismus versucht hatte, den Erforderungen der oft erwähnten „intensiven Periode" gerecht zu werden. Neben dem obigen wurde ab 1975/76 die Berufung auf die ungünstigen äußeren Einwirkungen als die primären Hindernisse des Fortschritts in den Vordergrund gestellt. (Erst gegen Ende des Jahrzehnts wurde bewußt, daß die Auswirkungen der Krise und die Verschlechterung der Austauschproportionen die strukturellen Widersprüche unserer Wirtschaft nicht ausgelöst haben, sondern „lediglich" an die Oberfläche brachten.)

Nach der Programmerklärung von 1975 „... wächst die Rolle *der Bewußtseinsfaktoren*" (im Laufe des Aufbaus des entwickelten Sozialismus) „... ist die schnellere und energischere Änderung der Bewußtseinsverhältnisse eine Schlüsselfrage unserer ganzen Gesellschaft und Entwicklung ..."[36] Die ideelle Einwirkung, die Aufklärungsarbeit, die Mobilisierung, das „Erkennenlassen" der gesellschaftlichen Wichtigkeit der Arbeit usw. tauchen oft in den Dokumenten auf. Die Politik beschränkt sich trotzdem nicht auf die reine Begeisterung und „Einsicht". Im Vordergrund der Untersuchungen stehen reale Sphären und Mittel der Bewußtseinsformung. Auf den Gebieten des Unterrichtswesens, der Allgemeinbildung, der Freizeitgestaltung, des Zugänglichmachens der Kultur, der Information, der Meinungsforschung, der Wissenschaft, der Kunstpolitik und auf anderen ähnlichen Gebieten erfolgten die Stellungnahmen rasch nacheinander. Als die Verringerung der Klassenunterschiede wie z. B. allmähliche Verschwinden der traditionellen bürgerlichen Lebensweise erkannt wird, verkünden die Dokumente schon seit Ende der 60er Jahre *die Homogenisierung der Gesellschaft* als ein relativ nahes Ziel. So reagiert man fast gereizt — und hauptsächlich mit administrativen Mitteln — auf die erscheinenden Ungleichmäßigkeiten. Insbesondere in den Einkommensunterschieden sieht man die Gefahr, durch die *die Gleichheit* bedroht wird. Lediglich die unbegründeten, nicht auf dem Prinzip der Verteilung nach der Arbeit beruhenden Einkommensunterschiede sollen beseitigt werden, jene Aktivitäten jedoch, mit denen unternehmensartige oder zusätzliche Einkommensquellen erschlossen werden sollen, werden mißtraurisch beobachtet. Den Bezugspunkt bildet die produktive Tätigkeit der Arbeiter der Großindustrie, der offiziell hoher moralischer Wert beigemessen wurde, in Wirklichkeit jedoch nicht genügend angeregt und zudem finanziell unterbewertet wird. Die gleichmachenden, nivellierenden Bestrebungen zeigten 1974/75 ihre negative Wirkung auch in der Versorgung, deshalb begann man von neuem, die Unternehmungslust der Kleinproduzenten anzuspornen.[37] In der Praxis verzichtete man also auf das Programm der Annäherung der Einkommen der Familien innerhalb einer kurzen Zeit.

Die auf die Verallgemeinerung und Verbreitung der Werte der sozialistischen Lebensweise gerichtete Kräfteanstrengungen führen zur Untersuchung der Werte und moralischen Normen, die tatsächlich in der Gesellschaft wirken. Bei der Erforschung der Hindernisse der gesellschaftlichen Homogenität *richtet sich die Aufmerksamkeit auf die nicht klassengebundenen gesellschaftlichen Unterschiede,* auf die verdeckte und komplizierte Gegliedertheit der Gesellschaft „über die Klassentruktur hinaus", auf die Wirkung der Siedlungsverhältnisse, des Schulsystems, der Familie und

[36] Protokoll des 11. Parteitages der USAP (17.—22. März 1975) Budapest 1975, S. 512

[37] DOK 1975—1980, Budapest 1983, S. 145—150 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP vom 10. Februar 1976 „Über die Lage der individuellen und aushelfenden Wirtschaften und sonstiger Kleinproduktion") bzw. ebenda S. 281—286 (Sekretärstellungnahme des ZK der USAP über die Neuregulierung der Industriepraxis der Kleinindustriellen, 13. September 1976). Die Differenzierung gelangte auch auf anderen Gebieten in den Vordergrund.

anderer Faktoren, die die gesellschaftlichen Bewegungen und die Mobilisationschancen beeinflussen.

Zum Schluß soll nun versucht werden, die durch die Veränderungen in der Beurteilung der Arbeiterklasse und der Großbetriebe eingetretene — und in den Dokumenten verfolgbare — widersprüchliche Vielgesichtigkeit der 70er Jahre zu verdeutlichen: Die Großbetriebe konnten den Kampf mit der in den übrigen Sektoren auflebenden Produktions- und Unternehmungslust infolge der Starrheit der Lohnregelung und der inneren Beteiligungsmechanismen nicht aufnehmen, und sie wollten es auch nicht. Ein Teil der Arbeiterklasse war mit seinem Lohnniveau unzufrieden, andererseits schien es ihm, bestärkt von den durch die Zeitungen vermittelten intellektuellen Stimmungen, daß andere gesellschaftliche Gruppen sich ein unbegründetes zusätzliches Einkommen verschaffen. Beide unzufriedenen Kräfte erwarteten von der zentralen Entscheidung eine Abhilfe. (Die Schlüsselfrage der Ideologie ist die führende Rolle der Arbeiterklasse; deshalb kommt die Politik unbedingt in Zugzwang, wenn Meinungen über die relativ nachteilige Lage der Arbeiterklasse stärker werden.) Ab November 1969 bemühte man sich um die Senkung der „nicht erwünschten Arbeitskraftbewegungen". Im März 1971 wurden teilweise administrative Beschränkungen vorgeschlagen. Die Grundlohneinstufung, die die unteren und die oberen Lohngrenzen festlegt, wurde mit verbindlicher Wirkung auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt. Auf den ZK — Beschluß vom November 1972 hin wurde ein Teil der Großbetriebe im wesentlichen von der Gültigkeit der Normative befreit. Mit der Landestabelle der Fachlöhne wurde das Lohntarifsystem weiter verhärtet. Man begründete die Lohnerhöhung der Werktätigen in der staatlichen Industrie und im März 1973 die Entwicklung der betrieblichen Demokratie und die höhere Wertschätzung der Arbeit mit der Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse.[38]

Ab März 1974 hat man die bevorzugte Behandlung der Arbeiterklasse und der großen Industriebetriebe in erster Linie durch ideologische Argumente unterstützt: „Die in den Großbetrieben vereinigten Arbeiter der Großindustrie bilden den festesten Kern der Arbeiterklasse." „Ihre Hochburgen", die Großunternehmen bedürfen einer besonderen Behandlung.[39]" Die Politik begnügt sich jedoch nicht mit dem idealisierten Arbeiterbild, sie versucht es auch zu verwirklichen. Diese Periode ist nicht nur im Prinzip, sondern auch in den praktischen Programmen durch eine Wendung in Richtung der Arbeiter gekennzeichnet. Die Mittel und Ziele entbehren oft der Realität, aber die Entwicklung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Erhöhung der in ihren Kreisen geleisteten Erziehungsarbeit geriet in den Mittelpunkt. Ihr Einzug in die Führung, die Verbesserung ihrer Chancen zum Weiterlernen wird als eine Frage der Macht bezeichnet. Der Bewegung der Sozialistischen Brigaden und dem Arbeitswettbewerb wird eine Schlüsselrolle bei der Schaffung der Einheit von Arbeit, Lebens-

[38] DOK 1967—1970, Budapest 1974, S. 447; DOK 1971—1975, S. 38—44, 45—49, 50—51, 376, 488 „... ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse in den Großindustrie geriet hauptsächlich gefühlsmäßig mit der Reform in Konflikt" (d. h. damit, was sie davon berührte — J. G.) „Dies wurde ... später in den Diskussionen über die Arbeiterklasse für jene ein Instrument, die, indem sie die Reform auf sektiereinischer, dogmatischer Basis in Frage stellten, zu längst überholten Methoden zurückkehren wollten." „Abgesehen von den konkreten sozialen Verhältnissen fand eine wahre Glorifizierung der Arbeiterklasse statt ...", schreibt über diese Periode *Imre Pozsgay* (Tiszatáj 1981/4, S. 82: „Die ungarische Gesellschaft und Kultur in den 70-er Jahren"). Die ideologischen Betonungsverschiebungen (Wende?), die in einigen Beziehungen auch einen Rückfall bedeutete, war jedoch nicht das Produkt irgendeines bewußten dogmatischen Gegenangriffes, sondern erwuchs aus einer Reihe von Zwangsschritten.

[39] DOK 1971—75, S. 665—666 („Direktiven des ZK der USAP zur Entwicklung der gesellschaftlichen Rolle und die weitere Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse")

weise und Bildung beigemessen. Man baut wenig auf die wirkliche Lebensweise und die realen Interessenverhältnisse der Arbeiterklasse auf; diese begann man gerade in den damals gestarteten Untersuchungen aufzudecken. Die Möglichkeiten der Verwirklichung der Interessen der Arbeitnehmer sind aufgrund der immer gebundeneren Regelung ziemlich eng, sie wurden 1977 sogar noch enger gefaßt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die obligatorische Arbeitsvermittlung eingeführt. Die gesellschaftlich begründete Arbeitskraftbewegung gedachte man durch die Einschränkung des Individuums zu fördern: „Auch bei jenen Wertätigen ist es begründet, das individuelle Risiko der Änderung des Arbeitsplatzes zu erhöhen, die ihr Arbeitsverhältnis aus individuellen (!) Gründen durch Kündigung beenden."[40]

Fast gleichzeitig (im April 1977) wurde — indem man vom Zwang der Priorität der „neuartigen" Formen (z. B. Sozialistische Brigaden) und der nur scheinbar wirksameren unmittelbaren Formen abließ — ein Beschluß über die Erweiterung der Rechte der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und über die Erweiterung des auf ihnen aufbauenden Formensystems gefaßt[41]. Wie es sich bald herausstellte, konnten die Produktionsleiter entsprechenden Niveaus aufgrund der übertriebenen Zentralisierung innerhalb des Betriebes nicht wirkliche Partner der Vertrauensmänner sein. Die Modernisierung der innerbetrieblichen Entscheidungsmechanismen und die Dezentralisierung der Wirkungskreise und damit des Interesses und der Verantwortung gelangte erneut in den Vordergrund. Inzwischen wurde die Aufmerksamkeit auf die übertriebenen Maße der Betriebe gelenkt, die die Schwerfälligkeit und den Mangel an Elastizität steigerten. Der ZK — Beschluß vom Dezember 1978 wies schließlich darauf hin, daß die organische Verbindung von Plan und Markt, eine reale Lage des Wettbewerbs und solche Betriebe, die darauf zu reagieren vermögen, die Voraussetzung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bilden. Es wurde die Überprüfung und die Umgestaltung des ganzen Systems der Wirtschaftsführung, des Kapitalflusses und der Kreditpolitik beschlossen.[42]

Im Frühjahr 1984 wurde beschlossen, daß innerhalb des Rahmens der Weiterentwicklung der Wirtschaftsführung gleichzeitig mit der den Leistungszwang auslösenden Umgebung die Eigenständigkeit der Betriebe und die Mitsprache und Beteiligung des Arbeitskollektivs entwickelt werden muß.[43] Den Absichten entsprechend kann also die betriebliche Demokratie, die früher in erster Linie aus ideologischen Überlegungen heraus entwickelt wurde, jetzt zu einem organischen Bestandteil der realen gesellschaftlich — wirtschaftlichen Interessenbewegungen werden. Im Rahmen des staatlichen Eigentums wird ein bedeutender Teil der Ausübung der Besitzrechte auf die Arbeitsstellenkollektive, den Betriebsrat bzw. auf den durch diese gewählten ersten Leiter übertragen.

[40] DOK 1975—1980, S. 452 (Direktiven des ZK der USAP „Über die Aufgaben der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitskräftewirtschaft")

[41] Zitiertes Werk S. 421 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP „Zur Stärkung der betrieblichen Demokratie, zur Schaffung und Inbetriebnahme von Körperschaften der Vertrauens- und Hauptvertrauensleute")

[42] Zitiertes Werk S. 914—928 (Beschluß des ZK der USAP „Über die Direktive des Volkswirtschaftsplans und des Haushaltsplans 1979") Dieser Beschluß untersucht umfassend die Wirtschaftspolitik der früheren Jahre und bringt eine Wende, die sich tatsächlich auch auf andere Bereiche auswirkt. (Nach den früheren oberflächlichen Korrektionen beginnt ein wahrhaft wegsuchender Prozeß.): „Gegen Ende 1978 ...", heißt es im Beschluß," wurde das äußere Gleichgewicht der Volkswirtschaft kritisch ... die zentrale Partei- und Staatsführung paßte sich nicht genügend den veränderten Voraussetzungen an ... Der Fünfjahrplan stellte in mehreren Hinsichten größere Anforderungen, als sie durch die Maßnahmen der Wirtschaftslenkung fundiert werden konnten und fundiert waren." (Zitiertes Werk S. 917—918)

[43] Társadalmi Szemle 1984/5

Heute sieht man schon klar, daß die Hegemonie des staatlichen Eigentums an und für sich weder den automatischen Erfolg der Dynamik der Planmäßigkeit noch des gesellschaftlichen Interesses oder der Wirtschaft garantiert. Deshalb richtet man die Aufmerksamkeit auf den konkreten Inhalt der Eigentumsverhältnisse, auf die gemeinsame Entwicklung der Interessen und der gesellschaftlichen Bestimmung (und dadurch des Besitzbewußtseins). Seit Beginn der 80er Jahre verbreitete sich auch auf anderen Gebieten des theoretischen und politischen Denkens die Erkenntnis, daß man die sozialistischen Werte nicht durch mechanische Projektion aus einem abstrakten Zukunftsbild zur Wirklichkeit werden lassen kann.

Indem man aus den Verhältnissen der Gegenwart, von der gesellschaftlich — wirtschaftlichen Struktur der Gegenwart ausgeht und die realen Interessenverhältnisse berücksichtigt, kann man mit realen Chancen die Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse, die Befreiung und Integration der dynamischen inneren Kräfte anstreben. Wir müssen und dürfen nicht auf die Zielsetzung einer Gesellschaft höherer Ordnung verzichten, die aus dem Heute und Gestern abgeleiteten, nicht selten idealistischen Elemente des Zukunftsbildes dürfen jedoch nicht unmittelbar die Aktivität des Heute binden.

Zusammenfassung

Wie wir gesehen haben, werden die Widersprüche in der Zeit des Sieges der Proletardiktatur — entsprechend dem allgemein akzeptierten Sozialismusbild bzw. dem historisch begründeten revolutionären Optimismus — als „systemfremde" Faktoren betrachtet, die außerhalb der sozialistischen Verhältnisse liegen, in diesem Sinn also auf äußere Quellen zurückzuführen sind. Diese Betrachtungsweise, motiviert durch äußere und innere Voraussetzungen, gelangt zur Übertreibung und zur Verabsolutierung des Gegnerfaktors. Aufgrund der unangemessenen Behandlung der Widersprüche häufen sich die Spannungen, und es beginnt ein von Rückschlägen unterbrochener Berichtigungsprozeß, der aber immer durch die gesammelten Erfahrungen bereichert wird. Mit Hilfe des ideologischen Argumentensystems, dem die Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien zugrunde liegt, bildet sich das Bedürfnis und eine Realpolitik heraus, die gleichzeitig prinzipiell und praxisbezogen ist. Die Berücksichtigung der Realität und die Kenntnisnahme der objektiven Zwänge der Praxis bewegt die Politik zu der Erkenntnis, daß auch auf dem Boden des Sozialismus, auf der Basis der auf keinen Fall mehr kapitalistischen Verhältnisse Isolationsverhältnisse, abweichende Interessen und Widersprüche entstehen, reproduziert werden, ja sogar institutionalisiert und objektiviert werden können. Diese können nicht den einen oder anderen Typ des politischen Systems oder der Wirtschaftsführung zugeordnet werden. Als die nächste Station der Entwicklung gerieten und geraten die systematische Behandlung der Interessengliederung der Gesellschaft, (welche Behandlung um Komplexität bemüht ist), die „Anpassung" der vermittelnden Mechanismen an die realen gesellschaftlich — wirtschaftlichen Bewegungen und die Befreiung und Einbettung der in der Gesellschaft verborgenen positiven Energien in den Vordergrund.

Selbstverständlich ist auch dies — wie jede Umgestaltung der Gesellschaft — nicht ohne die Beeinträchtigung von Interessen, also nicht ohne Konflikte und Zusammenstöße möglich.

Ein Hauptwiderspruch des seit dem Dezember 1978 vergangenen Jahrfünfts ist es, daß, während sich die erwähnte Wegesuche und ideelle Wallung entfaltete und die Weiterentwicklung der Reform fortschritt, immer mehr erkennbar auch eine

andere Bewegung existiert, die in den geheimnisvollen und vielfältigen Vorgängen der Zentralisierung Gestalt annimt, die aus den sich — oft mit Recht — auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes berufenden Zwangsmaßnahmen erwachsen. Die Erörterung dieser Problematik — und anderer Widersprüche — ist aber die Aufgabe anderer Analysen.

GÉCZI JÓZSEF:

A szocializmusfelfogás változásának és fejlődésének néhány kérdése a magyar pártdokumentumok tükrében

Rezümé

A hetvenes évtized végétől újra felerősödött az a felismerés, hogy a kor kérdéseire adandó gyakorlati és elméleti-ideológiai válaszok a társadalmi önismeret elmélyítését, az eddig megtett út kritikai újraértékelését igénylik. A politika, a közvélemény és a tudomány újult erővel fordult az addigi szocializmuskép főbb jegyeinek, alakváltozásainak és a valósággal való kölcsönhatásának vizsgálata felé. Jelen dolgozat e kérdéskör egyetlen szeletét tekinti át. Azt elemzi, hogy *a fordulat éve és a nyolcvanas évtized eleje által határolt időszak pártdokumentumaiban, hogyan tükröződik az adott kor szocializmusfelfogása?* A mindenkori ideológia — pontosabban annak a dokumentumokban való leképeződése — hogyan viszonyul a szocializmus építése során újratermelődő ellentmondásokhoz, mit jelöl meg a fogyatékosságok forrásaként, milyen eszközökkel véli azokat leküzdhetőnek.

Az ellentmondásokat a proletárdiktatúra győzelmekor — az akkor általánosan elfogadott szocializmusképnek, illetve a történelmileg indokolt forradalmi optimizmusnak megfelelően — „rendszeridegen", a szocialista viszonyokon kívül eső, ilyen értelemben tehát „külsődleges" forrásokra visszavezethető tényezőknek tekintik. Ez a szemlélet külső és belső feltételek által motiválva eljut egy túlhajtásig, az ellenségtényező abszolutizálásáig. Az ellentmondások nem megfelelő kezelése miatt a feszültségek fölhalmozódnak, majd megindul egy visszaesésekkel tarkított, de a megélt tapasztalatokkal gazdagodó korrekciós folyamat. A lenini elvekhez való visszatérésre épülő ideológiai érvrendszer segítségével kialakul egy egyszerre elvi és gyakorlati reálpolitika igénye. A valóságra való odafigyelés, a gyakorlat objektív kényszereinek tudomásulvétele a politikát arra a felismerésre készteti, hogy a szocializmus talaján, a már semmiképpen nem kapitalista viszonyok bázisán is keletkeznek, újratermelődnek, sőt intézményesülhetnek, objektivizálódhatnak elkülönültségi viszonyok, eltérő érdekek, ellentmondások. A hetvenes évtized recentralizációs tendenciákkal, részleges elméleti-ideológiai visszaeséssel és fontos részfelismerésekkel is jellemezhető időszakában világossá vált, hogy ezek nem köthetők mereven a politikai rendszer, a gazdaságirányítás egyik vagy másik típusához. A fejlődés következő állomásaként, legalábbis az elméleti-ideológiai felismerések szintjén, előtérbe került a társadalom érdektagoltságának szisztematikus (komplexitásra törekvő) kezelése, az intézményi viszonyok, a közvetítő mechanizmusok valóságos társadalmi-gazdasági mozgásokhoz való „igazítása", a társadalomban rejlő pozitív energiák felszabadítása, becsatornázása.